



Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments

Humboldt-Rede zu Europa, gehalten am 22. März 2010 an der Humboldt-Universität zu Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Humboldt-Universität ist ein Symbol der Veränderungen, die in den vergangenen Jahrzehnten in Europa stattgefunden haben. Wie der halbe Kontinent befand sich auch diese Universität viele Jahre lang hinter dem Eisernen Vorhang. Und wie die Länder Mittel- und Osteuropas ist sie friedlich befreit worden.

Diese Universität ist wieder zu einem Ort geworden, an dem freie Ideen geboren werden. Ideen wie jene, die Joschka Fischer vor beinahe zehn Jahren hier initiiert hat und die über Laeken bis nach Lissabon gelangt ist. Dank dieser Idee haben wir heute einen neuen, gelungenen Vertrag.

Liebe Freunde,

lasst uns einen Moment lang darüber nachdenken, an welchem Punkt sich Europa heute befindet und wohin es in Zukunft gehen wird. Ich möchte auch neue Methoden vorschlagen, die Union effizienter und bürgernäher zu gestalten sowie die Außenpolitik der Europäischen Union zu stärken. Aber bevor ich diese drei Punkte aufgreife, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Dinge, der sich aus dem Vertrag von Lissabon ergibt.

Der neue Vertrag bietet eine neue institutionelle Ordnung für Führung und Management der Europäischen Union. Es ist noch zu früh, um zu sagen, wie diese Ordnung in ihrer endgültigen Form aussehen wird. Aber wir können bereits heute erste Schlüsse ziehen.

Der Vertrag von Lissabon hat eine völlig neue europäische Institution geschaffen, den Europäischen Rat, eine Versammlung der europäischen Staats- und Regierungschefs. Auch die Kompetenzen des Europäischen Parlaments, des Ministerrats und der Europäischen Kommission sind neu definiert worden. Wohlgermerkt hatten diese drei Institutionen auch im Vertrag von Nizza und den vorherigen Verträgen ihre formelle Grundlage.



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Wie Sie sehen, ist das berühmte institutionelle Dreieck jetzt zu einem Viereck geworden. Hierbei handelt es sich nicht um eine geometrische, sondern um eine wesentliche politische Veränderung. Einige scheinen sich in dieser neuen politischen Geometrie noch nicht auszukennen. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon für einige Politiker, auch für solche in führenden Positionen, eine große Überraschung darstellen. Die Mitgliedstaaten begreifen erst jetzt allmählich, wofür sie mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon eigentlich ihr Einverständnis gegeben haben, und manche finden sich nur schwer damit ab.

Ein weiteres Mal stehen wir in der Geschichte der europäischen Integration vor der Entscheidung zwischen der Gemeinschaftsmethode und der Methode der Regierungszusammenarbeit - so wie schon öfters in der Vergangenheit. Ziel des Vertrags war es, die Europäische Union und die Gemeinschaftsmethode zu stärken. Aber in diesem entscheidenden Moment der Einführung des Vertrags scheuen einige vor dem vollendeten Werk zurück und versuchen, die europäischen Institutionen zu schwächen. Dies können wir nicht zulassen.

Unsere Bürger und Politiker müssen sich über eines im Klaren sein: Wenn wir heute die Europäische Union schwächen, stärken wir damit nicht die Nationalstaaten, sondern wir schwächen sie. In der Welt der Globalisierung wird es keine starken europäischen Staaten geben, wenn es keine starke Europäische Union gibt! Denn es ist die globalisierte Welt, die die Nationalstaaten der EU schwächt.

Zum Glück haben wir in Europa bereits die kritische Masse erreicht. Wir sind bereits ein System kommunizierender Röhren, in dem der Ausfall eines Elements in diesem komplizierten System die Gesamtheit in Mitleidenschaft zieht. Ein Zurück soll es nicht geben! Ein Zurück zur Politik der nationalen Egoisten wird uns nichts bringen! Je schneller die Bürger und Politiker dies begreifen, desto schneller werden wir das System verbessern können.

Der Vertrag spricht ganz klar von der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas! Leider ist es nicht ausgeschlossen, dass sie zu einer Union der politischen Führung anstatt zu Union der Bürger wird, denn es sind gerade die europäischen Staats- und Regierungschefs, die im Europäischen Rat - dieser neuen Institution - ihren Sitz haben. Das Entscheidungszentrum kann sich möglicherweise zum Europäischen Rat hin verschieben, der per definitionem keine gemeinschaftliche Einrichtung, sondern eine Institution der Regierungszusammenarbeit ist. An dieser Stelle ergibt sich die Frage nach der politischen Verantwortung dieser Institution, denn in jeder Regierungsstruktur muss ein System zur Erhaltung eines ausgewogenen Kräfteverhältnisses vorgesehen sein. Der Vertrag von Lissabon hat ein solches System zwischen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament eingerichtet, ein System des konstruktiven Ausgleichs und des Miteinanders. Auf diese Weise haben wir ein Zwei-Kammern-System der Gesetzgebung auf europäischer Ebene geschaffen, ähnlich denen, wie sie in vielen Mitgliedstaaten - etwa hier in Deutschland oder in Österreich - zu finden sind. Das Europäische Parlament hat das Mitentscheidungsrecht mit dem Rat in beinahe allen Gesetzgebungsverfahren erworben.



Auf diese Weise wird ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen zwei Institutionen sichergestellt: das Verfahren der Mitentscheidung zwingt uns dazu, einen Konsens anzustreben. Keine Seite ist stärker als die andere. Davon profitieren unsere Bürger und davon profitiert auch die Demokratie. Die rotierende Unionspräsidentschaft, die den Ministerrat repräsentiert, behält die Gesetzgebungskompetenzen, die bereits im Vertrag von Nizza festgeschrieben waren.

Es stellt sich also die Frage nach der Position der neuen Institution – des Europäischen Rates – im Verwaltungssystem der Europäischen Union. Die Europäische Kommission hat nach wie vor exekutive Befugnisse. Wie kann man auf der Grundlage des Lissabonner Vertrages ein möglichst bürgernahes und auf der internationalen Bühne effizientes System schaffen? Dies wirft im Einzelnen drei Punkte auf:

Um den ersten Punkt zu skizzieren, möchte ich zunächst den Gedanken des institutionellen Vierecks wieder aufnehmen. Obwohl der Vertrag von Lissabon die Europäischen Gemeinschaften (mit Ausnahme von EURATOM) aufhebt und durch die Europäische Union ersetzt, gehört die Gemeinschaftsmethode nicht der Vergangenheit an. Ganz im Gegenteil, wir brauchen sie heute noch mehr als zuvor.

Die Methode der Regierungszusammenarbeit ist ein alter Weg voller Schlaglöcher und Schwierigkeiten. Nur auf dem Weg der Gemeinschaftsmethode kann Europa genügend schnell vorankommen, dass es nicht hinter den international führenden Mächten zurückbleibt. Eine langfristige Vision eines gemeinsamen Europas soll sich im Europäischen Rat gegen den kurzfristigen politischen Nutzen durchsetzen, der durch den nächsten Wahlkampf definiert ist. Das sollten wir erwarten können. Die Zukunft der Gemeinschaftsmethode hängt von dem Verantwortungsbewusstsein der europäischen Führungskräfte ab, die Mitglieder im Europäischen Rat sind. Davon hängt die Zukunft der Europäischen Union ab.

Diese Methode beruht auf der Zusammenarbeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Daher denke ich, dass die Zeit reif ist, die „Parlamentarisierung“ der Kommission ins Auge zu fassen. Die Rechtsakte, die dort entstehen, machen schließlich beinahe 65% aller Rechtsakte der Mitgliedstaaten aus.

Um dies zu tun, muss man nicht den Vertrag ändern. Es genügt, die Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass sie ihre Kandidaten für einen Sitz in der Kommission immer häufiger auf die Listen für die Europawahlen setzen, wo sie jeweils den ersten Platz einnehmen könnten. So wären die künftigen Kommissare schon im Wahlkampf für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar. Die Kommissare würden so ein demokratisches Mandat erhalten, da sie in allgemeinen Wahlen gewählt würden. Dies hätte nicht nur eine symbolische Bedeutung. Die Kommission wird eine stärkere demokratische Legitimierung erhalten und institutionell gestärkt werden. Das würde eine bessere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rat ermöglichen. Auf diese Weise können wir das



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Gleichgewicht im Gefüge der Institutionen – der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates - wiederherstellen und darüber hinaus die Kommission dem Parlament annähern – denn es ist ja das Parlament, das alle ihre Mitglieder wählt. Die beiden Gemeinschaftsinstitutionen – die Kommission und das Europäische Parlament – werde eine außergewöhnliche Bedeutung erringen.

Dies bringt uns unserem Ziel, dem europäischen Demos, näher.

Auf diese Weise komme ich zu meinem zweiten Punkt, dem Engagement der Bürger. In der neuen institutionellen Ordnung der Europäischen Union wird es noch wichtiger sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die europäischen Wahlen finden gegenwärtig unter der Flagge der jeweiligen nationalen Parteien statt. Im Parlament aber haben wir Fraktionen europäischer Parteien und die Bürger sehen keinen klaren Zusammenhang zwischen den nationalen Parteien und den Fraktionen im Europaparlament. Ich stimme mit Joschka Fischer überein, der erklärte, dass sich die Menschen durchaus für europäische Angelegenheiten interessieren würden, aber nicht wüssten, von wem sie in diesem Europa repräsentiert werden. Das hat Joschka Fischer vor zehn Jahren an dieser Stelle, bei seiner Rede vor der Humboldt-Universität, gesagt.

Wir sollten die nationalen Parteien dazu ermutigen, auch unter europäischer Flagge aufzutreten. Die CDU etwa kann doch durchaus in ihrem Wahlkampf das Logo der Europäischen Volkspartei verwenden, die SPD das Logo der europäischen Sozialisten und Demokraten und die FDP das Logo der europäischen Liberalen. Hierfür wäre keine rechtliche Änderung erforderlich, aber durchaus eine veränderte Einstellung, eine Einstellung zu unserem Europäisch-Sein.

Vor etwas mehr als 20 Jahren haben sich die Menschen hier, im damaligen Ostberlin, daran erinnert, dass sie einem Volk angehören. Sie riefen auf der Straße *Wir sind ein Volk*, und ihr Ziel war dabei die Wiedervereinigung Deutschlands. Heute müssen wir die Einstellung unserer Bürger dahingehend beeinflussen, dass sie sagen wollen *Wir sind das Volk Europas*. Wir müssen die europäische Identität unserer Bürger stärken und ein neues Zugehörigkeitsgefühl schaffen. Denn wir müssen weiterhin das Ideal des vereinten Europas anstreben, ein Ideal, das stetige gemeinsame Anstrengungen erfordert. Denn Europa, das sind wir.

Brüssel liegt nicht auf einem anderen Kontinent, es gehört genauso zu unserer Wirklichkeit wie Berlin. Die europäische Politik hat Auswirkungen auf die europäische Rechtsetzung, und diese wiederum wirkt sich direkt auf unsere Bürger aus.

Um ihnen Europa näher zu bringen, müssen wir nicht nur gute Rechtsakte schaffen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden. Heute ist dies – etwa im Bereich der Wirtschaft – nicht immer so. Dafür gibt es aktuell auch ein Beispiel für. Dies ist ein weiteres Argument dafür, die



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Europäische Kommission zu stärken. Denn sie wacht darüber, dass unser Recht angewendet wird. Sie wacht über die Gemeinschaftsmethode.

Wir müssen also die Menschen dazu bewegen, sich auf europäischer Ebene zu engagieren. Die erwähnten zwei Drittel der Rechtsakte, die in den europäischen Institutionen entstehen, sind dafür ein ausreichender Grund.

Zudem wird es ohne den europäischen Demos keine europäische Solidarität geben.

Betrachten wir das Beispiel Griechenland. Empfindet der deutsche Steuerzahler heute etwa Solidarität mit diesem Land? In einer europäischen Gemeinschaft sollen wir das erwarten! Beide Länder haben dieselbe Währung und jede Spekulation, die sich gegen Griechenland richtet, wird auch die deutschen Steuerzahler treffen. Die Schwäche eines Landes der Eurozone wirkt sich nicht nur auf alle Mitgliedsländer der Eurozone, sondern auf alle Staaten der Europäischen Union aus. Ich hoffe, dass wir schon bald die Lektion aus der griechischen Krise lernen und diese analysieren werden. Denn sie hat uns die Fragen deutlich vor Augen geführt, auf die wir schnellstmöglich eine Antwort finden müssen. Wenn wir uns in einem System der kommunizierenden Röhren befinden, müssen wir dieses System so kohärent wie möglich verwalten und von den einzelnen Mitgliedstaaten entschiedener als bisher entsprechendes Handeln fordern. Es gibt keine Solidarität ohne Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes der Gemeinschaft.

Die nächste wichtige Frage ist: Wie können wir die Menschen dazu bewegen, sich zu engagieren? Ihr Engagement ist wichtig für die demokratische Kontrolle der Europäischen Union. Der Vertrag von Lissabon gibt uns neue Kontakt- und Einwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene. Wir haben die Bürgerinitiative, für die die Unterschriften von einer Million Menschen oder von 0,2% der Bevölkerung der Union erforderlich sind, um die Kommission unmittelbar aufzufordern, aktiv zu werden.

Wir haben unseren Dialog mit den Kirchen und den Organisationen der Zivilgesellschaft formalisiert. Aber was das Wichtigste ist, wir haben dafür gesorgt, dass die nationalen Parlamente in den Rechtsetzungsprozess mit einbezogen werden. Sie können jetzt das europäische Recht bewerten und überprüfen, ob es nicht das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Sie können auch die sogenannte Gelbe Karte verwenden, womit ein Legislativverfahren letztendlich gestoppt wird. Die nationalen Parlamente übernehmen also die Mitverantwortung für die Unionsgesetzgebung - das ist etwas ganz Neues, denn so nehmen sie auch an der Gemeinschaftsmethode teil.

Aber das alles sind nur Werkzeuge. Sie werden dann von Nutzen sein, wenn wir, Politiker, aber auch unsere Bürger gelernt haben, mit ihnen umzugehen. In unserer Verantwortung liegt es, sie diesen Umgang zu lehren.



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Man darf nicht vergessen, dass die Gemeinschaft ihrer ursprünglichen Absicht nach ein großes intellektuelles und moralisches Unterfangen war. Der Wechsel des Namens von der „Europäischen Gemeinschaft“ zur „Europäischen Union“ bedeutet keine Veränderung des Wertesystems. Weiterhin sind wir eine europäische Gemeinschaft. Wir müssen die Bürger davon überzeugen, dass sie voll und ganz dieser Gemeinschaft angehören, die den Namen Europa trägt.

Meine Damen und Herren,

ich komme jetzt zum dritten und letzten Punkt meines Vortrags. Ich möchte einige Worte über die neue Rolle der Europäischen Union weltweit sagen.

Wir haben ein neues Werkzeug, nämlich den Europäischen Auswärtigen Dienst. Gegenwärtig äußern die Mitgliedstaaten ihm gegenüber gewisse Befürchtungen. Diese sind meiner Meinung nach völlig unbegründet und nichts anderes als ein Ausdruck des nationalen Egoismus, der für die ganze Europäische Union äußerst nachteilig ist. Europa ist in seinen Kontakten mit anderen Mächten stärker, wenn es mit einer geeinten Stimme spricht. Stärke und Schwäche Europas sind am Beispiel der Verhandlungen über den Handel im Rahmen der WTO, an unserem Standpunkt während der Verhandlungen beim Klimagipfel in Kopenhagen oder auch an unserer Hilfe für Haiti erkennbar.

Der Auswärtige Dienst ist eine Chance für uns, keine Bedrohung. Er vereint die Erfahrungen aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union und kann so äußerst wirksam dazu beitragen, die europäischen Interessen und Werte zu fördern. Das geographische Gleichgewicht in der Auswahl der beinahe 140 Botschafter der EU scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein und soll keinesfalls außer Acht gelassen werden, falls wir in den europäischen Staaten und bei den Bürgern ein Gefühl gemeinschaftlicher Mitverantwortung für den Dienst anstreben.

Die Welt wird im 21. Jahrhundert eine neue Führung brauchen. Die selbstverständliche Wahrheit ist, dass der sogenannte Westen die neuen, globalen Probleme nicht mehr alleine lösen kann. Wir brauchen Zusammenarbeit, aber nicht nur untereinander, sondern auch mit der Welt außerhalb, um die Art und Weise zu ändern, in der die Welt geführt wird.

Wir müssen mit erprobten Partnern anfangen. Ich glaube daran, dass die europäisch-amerikanische Partnerschaft die erste Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel ist. Unsere Zusammenarbeit und unsere gegenseitige Abhängigkeit machen uns stärker und zwar auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans

Um Herausforderungen wie den Iran und Nordkorea, Energieversorgung und Klimawandel oder schließlich die Wirtschaftskrise zu bewältigen, müssen wir auch mit Russland, China, Indien und Brasilien zusammenarbeiten. Wir müssen zusammenarbeiten, wenn wir den Erwartungen unserer Bürger in einer globalen Welt entgegenkommen wollen.



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Denn wie Konrad Adenauer sagte: „Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, aber wir haben nicht alle den gleichen Horizont.“

Ich glaube, dass Europa in dieser neuen *global governance* eine Chance für sich sehen sollte. Wir können unsere Werte vorantreiben, die allerdings immer noch nicht universell sind. Daraus ergibt sich für uns eine besondere Verpflichtung, uns für die Demokratie und Menschenrechte einzusetzen, insbesondere in den Beziehungen zu unseren direkten Auslandspartnern.

Europa kann mit dem europäischen Staatenmodell weiterhin Stabilität exportieren und die Anerkennung von Menschenrechten und Freiheiten fördern. Aber wenn wir nicht stark sind, werden wir sehr schnell zu einer kleinen europäischen Wagenburg werden, die die mächtigen Wellen weniger demokratischer Wertesysteme überschwemmen. Wir können das europäische Gesellschaftsmodell fördern, das den Menschen an erste Stelle setzt, oder dazu übergehen, nur noch Mauern zu bauen, um uns vor Systemen zu schützen, die das Wohlergehen der Staatsführung über das Wohlergehen des Einzelnen stellen. Wir müssen innerlich stark sein, denn nur unsere innere Kraft und unser Zusammenhalt wird effizientes Handeln nach außen möglich machen, das sowohl für unsere Bürger als auch für den Rest der Welt wichtig ist.

Wir haben bereits gezeigt, dass wir eine Führungsstelle einnehmen können, etwa im Kampf gegen den Klimawandel oder bei der Bekämpfung der Finanzkrise. Wir haben gezeigt, dass unser Modell der Diplomatie und Zusammenarbeit funktioniert – in unserem Europa funktioniert es hervorragend!; dass Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit besser sind als militärische Interventionen, obwohl die Europäische Union auch letztere erfolgreich unternommen hat, wenn solche nötig waren.

Ich glaube fest daran, dass unser Modell der geteilten Souveränität sowie der politischen und wirtschaftlichen Solidarität ein weltweites Vorbild sein kann.

Damit dies aber gelingt, benötigen wir Partner, die gemeinsam mit uns unsere Interessen und Werte verteidigen. Nur dann werden wir die Ziele auf der internationalen Ebene erreichen, die allen freien Staaten auf der Welt gemeinsam sind.

Und deshalb eben brauchen wir Führung und Management – *governance* – im globalen Maßstab.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren,
zusammenfassend möchte ich sagen, dass entgegen der Hoffnungen vieler mit der Annahme des Vertrags von Lissabon das Ziel des europäischen Wegs noch nicht erreicht ist. Wir befinden uns in einem für die Europäische Union entscheidenden Moment.



EUROPÄISCHES PARLAMENT
Informationsbüro für Deutschland

Der Vertrag von Lissabon eröffnet neue Möglichkeiten der europäischen Integration. Er hat die Union in ihrem Inneren verändert und uns Mittel zur Wirkung nach außen an die Hand gegeben. Er hat neue Möglichkeiten geschaffen, unseren Bürgern zu dienen.

Doch lässt sich nicht alles in Verträgen festschreiben. Der Raum zwischen den Zeilen der Vertragsartikel muss mit dem Willen zum Handeln und zur Zusammenarbeit zwischen Ländern, Institutionen und Bürgern gefüllt werden.

Dies ist die Lehre aus der Krise, die es uns nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon unmöglich gemacht hat, uns auf dem Erreichten auszuruhen. Wir müssen Europa politisch und wirtschaftlich stärken. Diese Aufgabe wird uns niemand abnehmen!

Europa muss vor allem sich selbst gegenüber solidarisch sein, denn – wenn ich hier ein wenig romantisch werden darf – wir gehören einer Gemeinschaft an, einer Wertegemeinschaft. Aber auch – und jetzt werde ich wieder sehr pragmatisch – weil wir uns über unsere Interessengemeinschaft im Klaren sind.